

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 803

Mittwoch, 24. April 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Haben die USA den Putsch gegen Präsident Arévalo gestoppt und die Demokratie gerettet?.....	1
Ein bitteres Weisswaschen der US-Rolle in Guatemala.....	2
Die Schweiz beschliesst Sanktionen gegen Consuelo Porras und Richter Fredy Orellana.....	3
Guatemala ruft Katastrophenfall aus.....	3
Der EU-Rat gibt grünes Licht für Assoziationsabkommen zwischen EU und Zentralamerika.....	4
EU-Kommission: Zahlen der EU zu ihren Beziehungen zu Guatemala.....	5
Stellenausschreibung: Infobüro Nicaragua.....	6
Nach 25 Jahren: Guatemala-Reise des ¡Fijáte!-Redakteurs.....	6

Haben die USA den Putsch gegen Präsident Arévalo gestoppt und die Demokratie gerettet?

Washington, 5. März - Dieser Artikel von Stephen Schlesinger, Ko-Autor des Buches «Bitter Fruits» über den US-Putsch von 1954 in Guatemala, in «The Nation» über die Rolle der USA bei der Rückweisung des versuchten Putsches gegen den gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo hat zu Kontroversen in der Guatemala-Solidarität geführt. Rights Action kritisiert die Schlussfolgerung des Artikels scharf. Mit der Unterstützung Arévalos hätten die USA mitnichten den grausamen Putsch von 1954 wiedergutmacht. Wir werden also im Folgenden den Artikel von Schlesinger und die Kritik von Rights Action hier zur Diskussion stellen.

Im vergangenen Monat griff die Regierung Biden in die Präsidentschaftswahlen in Guatemala, dem grössten Land Zentralamerikas, ein. Sie tat dies, obwohl sie wusste, dass die lateinamerikanischen Menschen seit Jahrzehnten heftig gegen die Einmischung der USA in ihre Innenpolitik protestieren. Doch in diesem Fall erntete Washingtons Einmischung in der gesamten westlichen Hemisphäre Beifall. Warum das?

Im Sommer 2023 wählte Guatemala zum Erstaunen einer Nation, die lange Zeit von korrupten rechten Führern beherrscht wurde, einen Mitte-Links-Kandidaten, Bernardo Arévalo, zum Präsidenten. Es schien eine unwahrscheinliche Wendung des Schicksals zu sein. Arévalo stand vor unüberwindbaren Hindernissen. In Umfragen vor der Wahl hatte er nur 3 Prozent der Stimmen erhalten. Die rechtsextremen Wahlbehörden hätten ihn von der Wahl ausschliessen können, sahen in ihm aber keine Gefahr und liessen ihn antreten. Im ersten Wahlgang erreichte Arévalo einen bemerkenswerten zweiten Platz, der durch die seit langem entrechteten Ladinos, die indigene Bevölkerung und die Stimmen der Jugend aufgewertet wurde. In der Stichwahl am 20.08. gewann er mit 60 % der Stimmen. Sein Sieg stellte eine direkte Herausforderung für das extrem konservative Establishment in Guatemala dar, d. h. für Politiker*innen der alten Garde, reiche Grossgrundbesitzer*innen, rechtsgerichtete Grossunternehmen, die Armee und die katholische Kirche [*warum die? fragt die Redaktion*]. In Panik schlossen sich diese Kräfte gegen Arévalo zusammen und versuchten, ihn aus dem Amt zu drängen. Der scheidende Präsident, ein starker Mann namens Alejandro Giammattei, und seine ultrakonservativen Kolleg*innen im guatemalteckischen Kongress, unterstützt von der rechtsgerichteten Generalstaatsanwältin, Consuelo Porras, versuchten Arévalos Partei zu schliessen, Wahllokale zu durchsuchen, Wahlboxen mitzunehmen und Strafverfahren anzustrengen.

US-Präsident Joe Biden, ein vehementer Verfechter der Demokratie, erkannte, dass Arévalos Sieg schiefgehen könnte und handelte. Einem Bericht der Washington Post vom 12. Januar zufolge übte Aussenminister Antony Blinken auf Bidens Geheiss intensiven Druck auf die guatemalteckische Elite aus, das Ergebnis des Rennens zu akzeptieren. Biden gab eine Erklärung ab, in der er Arévalos Triumph lobte; das US-Verteidigungsministerium teilte der Militärführung Guatemalas seine Bedenken mit; und die Europäische Union verhängte Sanktionen und gab zusammen mit der Organisation Amerikanischer Staaten eine Erklärung ab, in der sie die Anerkennung des Ergebnisses forderte.

Daraufhin hob das US-Aussenministerium die Visa für fast 300 Guatemalte*innen auf, ein Erlass, der zwei Drittel der Mitglieder des Kongresses betraf, von denen viele Vermögen in den USA besitzen. Es folgten Proteste indigener Gruppen. Unter diesem Druck kapitulierte die Opposition gegen den gewählten Präsidenten. Arévalo trat am 15. Januar 2024 sein Amt als neuer Präsident von Guatemala an. Washington hat geholfen, einen Putsch gegen die Demokratie zu verhindern. Demokrat*innen in der ganzen Welt und guatemalte*ische Dissident*innen, die im Gefängnis oder im Exil leben, äusserten grosse Dankbarkeit für Bidens Handeln.

Erinnert sei daran, dass es im 19. und 20. Jahrhundert eine lange, traurige Geschichte von Seeräuber*innen, Betrüger*innen und Schurken gab, einige davon aus den Vereinigten Staaten, die in den Ländern entlang der Landenge in Zentralamerika marodierten, Schätze raubten und Land an sich rissen. Guatemala war eines der schwersten Opfer dieses Missbrauchs. Washington unterstützte Diktatoren und militärische Machthaber.

Jahrzehnte später, im Jahr 1944, kam es in Guatemala zu einer abrupten Wende. Dissidente Soldaten der Armee stürzten den langjährigen autoritären Führer Jorge Ubico. Die Rebellen hielten zusammen mit begeisterten Bürger*innen des Landes die ersten völlig freien Wahlen in Guatemala ab. Die Wähler*innen wählten einen Mann namens Juan Jose Arévalo, einen Lehrer, zum Präsidenten - den Vater von Guatemalas neuem Präsidenten Bernardo. Arévalo, der unter dem Einfluss von Präsident Franklin Roosevelt und dessen New Deal stand, führte schon bald Reformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit und Gewerkschaftswesen ein. Washington war zufrieden.

Doch die Freude der USA über Guatemala währte nicht lange. Der Kalte Krieg kam dazwischen. Anfang der 1950er Jahre kam die konservative, wirtschaftsfreundliche Eisenhower-Regierung an die Macht. Sie begann, Guatemala mit Argwohn zu betrachten. Arévalos Nachfolger, Präsident Jacobo Arbenz, hatte ein Landreformprogramm eingeführt, das die ungenutzten, brachliegenden Anbauflächen des grössten Arbeitgebers des Landes, des US-amerikanischen Bananenkonzerns United Fruit, beschlagnahmte und an die verarmten Bäuer*innen des Landes verteilte. United Fruit verurteilte Arbenz' Enteignungen wütend als kommunistisch inspiriert, obwohl Arbenz den Konzern finanziell für den geschätzten Wert seines Landes entschädigte. Überzeugt von der sowjetischen Unterwanderung, autorisierte Eisenhower eine geheime CIA-Intervention. Die Agentur stürzte Arbenz, setzte eine Militärjunta ein, beendete die Demokratie und löste bald darauf einen Bürgerkrieg aus, der mehr als drei Jahrzehnte dauerte, schliesslich über 200.000 Menschen das Leben kostete und Guatemala jahrelang unter eine Art Bandenherrschaft stellte.

Nach vielen Putschen wurden 1986 in Guatemala echte demokratische Wahlen abgehalten. Vinicio Cerezo Arévalo, Vorsitzender der lange unterdrückten Christdemokratischen Partei, gewann die Präsidentschaft. Seine Regierung war bestrebt, freie Wahlen im Lande zu etablieren. Letztendlich schuf Cerezo jedoch nur den Anschein von Demokratie. Selbst nachdem die Vereinten Nationen 1996 den tragischen Bürgerkrieg des Landes beendet hatten, hielten reaktionäre Kräfte in dem 18-Millionen-Land - in dem 10 Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des Reichtums besitzen und 10 Prozent weniger als 1 Prozent - weiterhin an ihrer enormen Macht fest. Nach Cerezo übernahmen wieder konservative Politiker*innen die Führung in Guatemala und lösten eines der zentralen Elemente des UN-Abkommens, eine Kommission zur Untersuchung der Korruption in Guatemala, auf.

Die Frage, ob Arévalo heute an der Macht bleiben kann, ist also offen. Seine Partei, Movimiento Semilla, kontrolliert nicht die Legislative. Die rechte Generalstaatsanwältin Consuelo Parras, die für weitere zwei Jahre im Amt ist, schmiedet weiterhin Komplote gegen ihn. Er ist nun auf die Stärke seiner Anhänger*innen und, was unwahrscheinlich ist, auf eine progressive Regierung in Washington angewiesen. Für den Moment haben die USA jedoch ihre grausame Intervention von 1954 in lobenswerter Weise wiedergutmacht und Guatemala zu einem neuen demokratischen Zeitalter verholfen. (The Nation)

Ein bitteres Weisswaschen der US-Rolle in Guatemala

In einem kürzlich in The Nation erschienenen Artikel schrieb Stephen Schlesinger gemeinsam mit Stephen Kinzer, Autor von "Bitter Fruit: The Untold Story of the American Coup in Guatemala" (Bittere Frucht: Die unerzählte Geschichte des Amerikanischen Putsches in Guatemala), dass die US-Regierung durch die Anerkennung der Wahlen von 2023, die die neue guatemalte*ische Regierung an die Macht brachten, "in lobenswerter Weise ihre grausame Intervention von 1954 wiedergutmacht und Guatemala zu einem neuen demokratischen Zeitalter verholfen hat".

Das ist eine verblüffende Aussage, insbesondere für jemanden, der ein so wichtiges Buch mitverfasst hat. Irgendwie haben die USA einfach dadurch, dass sie den demokratischen Willen des guatemalte*ischen Volkes respektiert haben (wohl zum ersten Mal überhaupt), den von den USA inszenierten Staatsstreich von 1954 "wiedergutmacht" ... und alles, was danach kam. Die USA haben den Staatsstreich von 1954, der die letzte (bis heute) demokratisch gewählte Regierung Guatemalas absetzte und die traditionellen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten wieder an die Macht brachte, nie auch nur annähernd "wiedergutmacht". Sie haben die jahrzehntelange, von den USA unterstützte Repression, die in den 1950er, 60er und 70er Jahren gegen eine wachsende soziale Bewegung und einen kleinen bewaffneten Aufstand exponentiell zunahm, in keinsten Weise "wiedergutmacht".

Völkermorde an den Maya-Völkern

Die USA haben ihre Mitschuld an den Massakern der verbrannten Erde, dem gewaltsamen Verschwinden von mehr als 45.000 Menschen, der Vertreibung von mehr als 1.000.000 Menschen und der Planung und Durchführung des Völkermordes in vier Maya-Regionen zwischen 1978 und 1985 nicht wiedergutmacht. Schätzungen über die Zahl der getöteten und massakrierten Zivilist*innen, von denen die meisten indigene Völker waren, belaufen sich auf weit über 250.000. Und die schändliche Rolle der USA setzte sich von da an fort. Nach der Unterzeichnung des so genannten "Friedensabkommens" im Jahr 1996 unterhielten die USA bis zu den Wahlen im Jahr 2023 uneingeschränkte militärische, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den - in unterschiedlichem Ausmass - repressiven, korrupten und antidemokratischen Regierungen, die in Guatemala als "Pacto de Corruptos" (Pakt der Korrupten) bekannt sind. Die USA (und Kanada) nannten sie die ganze Zeit über unsere "demokratische Verbündete".

Seit dem Staatsstreich von 1954 bis heute haben die USA, von einigen kurzlebigen Ausnahmen abgesehen, absolut konsequent eine Politik verfolgt, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergräbt, während sie gleichzeitig uneingeschränkte Beziehungen zu ihren natürlichen Verbündeten, d.h. den repressiven, korrupten, antidemokratischen traditionellen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten, aufrechterhalten.

Schlesingers Schönfärberei der Politik und des Handelns der USA setzte sich fort, als er Präsident Biden als "lautstarken Befürworter der Demokratie" bezeichnete. Doch wo in Lateinamerika hat sich die US-Regierung tatsächlich jemals für echte Demokratie eingesetzt?

US-Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten von Honduras wegen Drogenhandels

Als Joe Biden Vizepräsident war, "legitimierte" die Obama-Regierung den Militärputsch vom 27. Juni 2009 in Honduras, durch den die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Mel Zelaya gestürzt wurde. Die kanadische Regierung des konservativen Premierministers Harper vertrat dieselbe Position.

Wie in Guatemala nach dem Staatsstreich von 1954 wurde auch in Honduras alles noch schlimmer. Von 2009 bis 2022 wurde Honduras von einer Reihe militärgestützter, korrupter, antidemokratischer Regime regiert, die von den USA und Kanada die ganze Zeit als "demokratische Verbündete" bezeichnet wurden. Die Lebensqualität eines Grossteils der Bevölkerung von Honduras hat sich seither massiv verschlechtert. Das Land erlebte seine schlimmsten Ausmasse an Armut und Elend, Gewalt und Unterdrückung, Korruption und Straflosigkeit. In dieser Zeit waren mehr Honduraner*innen gezwungen, aus dem Land zu fliehen als je zuvor in der Geschichte des Landes.

Als Schlesinger diesen Artikel für The Nation schrieb, fand in New York City ein ausserordentlicher Prozess gegen den ehemaligen honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernandez ("JOH") statt. Am Freitag, dem 8. März, wurde JOH, der fast 13 Jahre lang ein treuer "demokratischer Verbündeter" der USA und Kanadas war, in allen drei Anklagepunkten für schuldig befunden: Verschwörung zur Einfuhr von Kokain in die USA, Mitführen von "Maschinengewehren und zerstörerischen Vorrichtungen" zur Unterstützung von Kokaintransporten und Verschwörung zum Einsatz dieser Waffen zur Verfolgung seiner Ziele. Schlesingers Artikel gibt völlig falsch wieder, wie tödlich und zerstörerisch die Rolle der USA in Guatemala von 1954 bis heute war. Ich vermute und befürchte, dass er die tatsächlichen Interessen der USA in Guatemala für die Zukunft falsch darstellt. (Rights Action Newsletter April 2024)

Die Schweiz beschliesst Sanktionen gegen Consuelo Porras und Richter Fredy Orellana

Guatemala, 10. April - Die Schweiz hat am Mittwoch die Verhängung von Sanktionen gegen fünf guatemaltekische Justizbeamt*innen angekündigt, weil sie versucht haben, die Amtseinführung der Präsidentschaftskandidaten Bernardo Arévalo und Karin Herrera zu verhindern. Damit bestätigt sie die von der Europäischen Union am 2. Februar ergriffenen Massnahmen und die früheren Sanktionen der Vereinigten Staaten. Das Einreiseverbot und die finanziellen Sanktionen richten sich gegen die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, den Generalsekretär Ángel Arnoldo Pineda Ávila, den Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit, José Rafael Curruchiche Cucul, die Staatsanwältin Leonor Eugenia Morales Lazo de Sánchez und den Richter Fredy Orellana. Die Justizbeamt*innen hätten "versucht, den friedlichen Machtwechsel" in dem zentralamerikanischen Land zu behindern und stellten "eine Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit" dar, so die Schweizer Regierung.

Derzeit prüft der Oberste Gerichtshof (CSJ) die von der Staatsanwaltschaft eingereichten Anträge auf Amtsenthebung, die darauf abzielen, gegen den Präsidenten und die Vizepräsidentin sowie gegen Mitglieder der Partei SEMILLA zu ermitteln. Diese Entscheidung gewinnt an Brisanz, da es fortgesetzte Angriffe der Staatsanwaltschaft gibt, die sich gegen ein Kommuniqué des Präsidentschaftsamtes richtet, das gegenüber dem Verfassungsgericht mit der Frage der Situation der Generalstaatsanwältin befasst. Dies hat die Erwartung einer Amtsenthebung von Porras verstärkt. (Prensa Comunitaria)

Guatemala ruft Katastrophenfall aus

Guatemala, 11. April - Mehr als 40 Waldbrände gibt es derzeit in Guatemala. Sie hüllen Teile des Landes in gesundheitsschädlichen Smog. Die Regierung hat den Katastrophenfall ausgerufen. Die Ursache vieler Feuer könnte in der Landwirtschaft liegen.

Wie Prensa Comunitaria berichtete, steht auch die zweitgrösste Mülldeponie des Landes in Flammen. Als Folge wird in Guatemala-Stadt und den umliegenden Bezirken eine gesundheitsschädliche Luftqualität gemessen. Insbesondere ältere Menschen, Schwangere und Kinder sowie Menschen mit Herz- und Atemwegserkrankungen leiden unter dem Smog, den die Brände verursacht haben. Mehr als 200 Einwohner*innen wurden bislang wegen akuter Erkrankungen in Zusammenhang mit der schlechten Luftqualität ärztlich behandelt, teilte der Gesundheitsminister des Landes, Óscar Córdón, mit. In drei Provinzen Guatemalas wurden zudem vorsorglich die Schulen geschlossen. (tagesschau.de)

Der Projektleiter der Umweltorganisation Oro Verde, Mauricio Santamaria, der momentan in der Region Petén im Norden des Landes ist, sagt: „Inoffiziell heisst es, die Feuer seien ein politisches Druckmittel, um die neue Regierung zu destabilisieren.“ Erst im Januar hat Bernardo Arévalo sein Amt als neuer Präsident angetreten – gegen viele Widerstände. Nun gibt es auffallend viele Brände an Orten, an denen es noch nie gebrannt hat und in denen es keine menschlichen Siedlungen gibt.

In diesem Jahr gibt es im Nationalpark Sierra del Lacandon in Petén bislang viele isolierte Brände. Sie zu bekämpfen ist die Hauptaufgabe der Defensores de la Naturaleza – der Partnerorganisation von Oro Verde. Nur so lassen sich grosse und noch zerstörerische Brände wie 2023 verhindern. „Im Moment ist das gesamte technische Personal und das Feldpersonal der Defensores in Petén damit beschäftigt, diese Brände zu bekämpfen“, sagt Santamaria. „Alle Frauen und Männer sind im Einsatz.“ Bei mehreren hochrangigen politischen Treffen in Petén forderte der Direktor des Nationalparks Sierra del Lacandon, Vinicio Mejia, mehr Ressourcen auf Departements- und Landesebene, um die Brände zu bekämpfen.

Im Biosphärenreservat Sierra de las Minas, das sich in der Grenzzone der Departamentos Izabal, Zacapa und El Progreso im Osten Guatemalas befindet, werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt, um die Zahl der von Bränden betroffenen Hektar zu verringern. Bis zu diesem Wochenende waren dort ca. 40 Hektar von den Waldbränden betroffen. In der Gegend von Bocas del Polochic gibt es ebenfalls viele Brände, deren Rauchsäulen noch aus mehreren Kilometern Entfernung zu sehen sind. Das EcoImpulso-Projekt von Oro Verde unterstützt die Brandbekämpfung mit dem Transport von Hilfsgütern für die beteiligten Brigaden. (Christian Neeb, Oro Verde, Bonn, redaktionell bearbeitet)

Der EU-Rat gibt grünes Licht für Assoziationsabkommen zwischen EU und Zentralamerika

Brüssel, 12. April - Der Rat der EU hat heute den Abschluss des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits beschlossen. Dies ist der letzte Schritt im Ratifizierungsprozess des Abkommens, mit dem sich die EU und Zentralamerika zu einer engen, langfristigen Beziehung in allen wichtigen Politikbereichen verpflichten. (...) Das vollständige Inkrafttreten wird den biregionalen Beziehungen einen wichtigen Impuls verleihen.

Das Abkommen zielt darauf ab, die Beziehungen zwischen den Parteien durch eine Assoziation zu stärken und zu konsolidieren, die auf drei sich gegenseitig verstärkenden und grundlegenden Teilen beruht: politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel.

Darüber hinaus wird sie:

- eine privilegierte politische Partnerschaft auf der Grundlage von Werten, Grundsätzen und gemeinsamen Zielen entwickeln, insbesondere der Achtung und Förderung von Demokratie und Menschenrechten, nachhaltiger Entwicklung, verantwortungsvoller Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit,
- die biregionale Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralamerika in allen Bereichen von gemeinsamem Interesse verstärken,
- mit diesem Abkommen die biregionalen Handelsbeziehungen der Parteien im Einklang mit dem Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) (...) ausweiten und diversifizieren,
- die regionale Integration in Bereichen von gemeinsamem Interesse stärken und vertiefen,
- die gutnachbarschaftlichen Beziehungen und den Grundsatz der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten stärken,
- das Niveau der verantwortungsvollen Staatsführung sowie der Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards beibehalten und weiterentwickeln,
- einen erhöhten Handel und ein Mehr an Investitionen zwischen den Parteien fördern.

Die handelspolitische Säule des Assoziierungsabkommens hat inzwischen eine wichtige Rolle bei der Förderung von Handel und Investitionen zwischen Europa und Zentralamerika gespielt. Es wurde im letzten Halbjahr 2013 unter Vorbehalt angewandt, da der Ratifizierungsprozess der jeweiligen Staaten noch durchlaufen musste. Dadurch wurde es einfacher und billiger, Produkte aus und nach Zentralamerika zu vermarkten.

Infolgedessen hat der bilaterale Handel deutlich zugenommen, die meisten Einfuhrzölle wurden abgeschafft und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Investitionsmärkten verbessert. Das Abkommen schafft ein berechenbares Umfeld für den Handel in Zentralamerika, mit einem bilateralen Schlichtungsmechanismus für nichttarifäre Handelshemmnisse und andere Streitfragen. Darüber hinaus hat sich die Interaktion mit der Zivilgesellschaft im Rahmen des Kapitels

über Handel und nachhaltige Entwicklung als fruchtbar erwiesen, um die allgemeinen Vorteile des Abkommens herauszustellen. Zudem wird das bald endgültig in Kraft tretende Abkommen einen besseren Rahmen für die Umsetzung der EU-Investitionsstrategie "Global Gateway" bieten, die Infrastruktur unterstützen und die globale und regionale Konnektivität in den Bereichen Digitaltechnik, Klima, Verkehr, Gesundheit, Energie und Bildung verbessern.

Am 29. Juni 2012 unterzeichneten die EU und die zentralamerikanischen Staaten (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama) das Abkommen in Tegucigalpa, Honduras. Das Europäische Parlament gab am 11. Dezember 2012 seine Zustimmung, und am 17. Januar 2024 wurden die Ratifizierungsverfahren des Assoziierungsabkommens durch die Mitgliedstaaten abgeschlossen. (Pressemitteilung der EU-Kommission)

EU-Kommission: Zahlen der EU zu ihren Beziehungen zu Guatemala

Brüssel, Januar 2024 - Die Europäische Union (EU) und Guatemala unterhalten seit Jahrzehnten enge Beziehungen. Unser regionaler politischer Dialog mit Zentralamerika, die Entwicklung der Handelsbeziehungen und die umfassende Zusammenarbeit sind Ausdruck dieser umfassenden und vielseitigen Partnerschaft. Die Delegation der EU in Guatemala nahm im Auftrag der EU-Kommission ihre Tätigkeit 1997 auf, nachdem das Friedensabkommen unterzeichnet worden war. Dies führte zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Guatemala und der EU. Im Jahr 2009 wurde sie offiziell zur EU-Delegation in Guatemala, einer diplomatischen Vertretung der 27 EU-Mitgliedstaaten.

Über 25 Jahre später unterstützt die EU eine integrative und nachhaltige Entwicklung in Guatemala auf der Grundlage unserer zentralen demokratischen Werte und Grundsätze. Im Rahmen ihrer Unterstützung für die Demokratie in Guatemala hat die EU eine Wahlbeobachtungsmission mit mehr als 100 Personen entsandt, um die Parlamentswahlen 2023 zu beobachten. Die EU-Wahlbeobachtungsmission in Guatemala war einer der Preisträger des Woodrow Wilson Public Service Award 2023 für ihre wichtige Arbeit zur Verteidigung der Demokratie. (...)

Der bilaterale Handel zwischen der EU und Guatemala hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die EU-Ausfuhren nach Guatemala beliefen sich auf 1.586 Mio. € (2022), während die guatemalteckischen Exporte in die EU sich auf 1.752 Mio. € (2022) beliefen. Der Export mechanischer Ausrüstungen und pharmazeutischer Produkte nach Guatemala stieg zwischen 2021 und 2022 um 40% bzw. 29% an. Der Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Palmöl und Kaffee, die Guatemala in die EU geliefert hat, haben zwischen 2021 und 2022 erheblich zugenommen. Die EU war das viertgrösste Exportziel Guatemalas und sein viertgrösster Lieferant (2022). Die EU-Investitionen haben sich in den letzten 10 Jahren fast verdreifacht. Im Jahr 2021 machten die ausländischen Direktinvestitionen der EU 8,6 % des BIP Guatemalas aus.

Humanitäre Hilfe

Die EU leistet Guatemala Not- und humanitäre Hilfe, z. B. bei Naturkatastrophen. Guatemala ist das zentralamerikanische Land, das seit 1994 den grössten Betrag an humanitären Mitteln erhalten hat, nämlich mehr als 96 Mio. € zwischen 1994 und 2023. Im Jahr 2022 mobilisierte die EU 5 Mio. € aus der Solidaritätsreserve für Soforthilfe, um auf die Krise der Ernährungsunsicherheit im zentralamerikanischen Trockenkorridor zu reagieren. Nach den Zerstörungen durch die Wirbelstürme Eta und Iota stellte die EU im Jahr 2020 7,3 Mio. € bereit, um in den am stärksten betroffenen Gebieten auf die Bedürfnisse in den Bereichen Ernährungssicherheit, Nahrungsmittelversorgung, Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene einzugehen.

Zusammenarbeit

Die EU ist einer der wichtigsten Kooperationspartner Guatemalas. Über ihr mehrjähriges Kooperationsprogramm mit einer Mittelausstattung von 141 Mio. € für den Zeitraum 2021-2024 und die geplante Global Gateway Investment Agenda will sie die nachhaltige und integrative Entwicklung Guatemalas in drei Schwerpunktbereichen unterstützen:

1. Ökologische Transformation

Die EU unterstützt die Entwicklung einer integrativen, nachhaltigen und widerstandsfähigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die besser in die Wertschöpfungsketten eingebunden ist und das Wachstum fördert, eine gesündere Lebensmittelproduktion schafft und die Unterernährungsrate, insbesondere in ländlichen Gebieten, verringert.

Die EU unterstützt die Stärkung der Governance im Bereich des Klimawandels und der Kapazitäten der öffentlichen Institutionen. Die Initiative "Fünf Wälder" zur Erhaltung der fünf grossen Wälder Mesoamerikas zielt darauf ab, multilaterale Partnerschaften zum Schutz von 10 Mio. Hektar Wald, zur Wiederherstellung von 500.000 Hektar Wald, zur Verhinderung des Artensterbens und zur Beseitigung der illegalen Viehzucht bis 2030 zu schaffen und damit eine nachhaltige Waldnutzung zu gewährleisten.

Die geplante Global-Gateway-Aktion "Förderung des ökologischen Übergangs in Petén" wird sich auf den ökologischen Wandel in Petén konzentrieren (Forstwirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, Wasser und Abwasser). Diese globale Initiative, zu der die Union insgesamt 40 Mio. € aus ihrem Haushalt beisteuert, wird auch von Spanien, Schweden, Deutschland und Irland sowie von verschiedenen internationalen Organisationen finanziert. In diesem Zusammenhang werden Machbarkeitsstudien für den Bau einer kontrollierten Mülldeponie, von vier Kanalisationsnetzen und Kläranlagen im Departement Petén in Angriff genommen.

2. Nachhaltiges und integratives Wachstum

Die EU fördert menschenwürdige Beschäftigung, den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft, die Digitalisierung und den Aufbau digitaler Kompetenzen sowie ein stabiles Investitionsklima. Die Massnahme (...) mit dem Titel "Unterstützung einer integrativen wirtschaftlichen Entwicklung in Guatemala" konzentriert sich auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen sowie von Genossenschaften und erhält einen EU-Beitrag von insgesamt 34,41 Mio. €.

3. Gute Regierungsführung und menschliche Entwicklung, einschliesslich Gesundheit

Die EU fördert starke, rechenschaftspflichtige und transparente nationale, regionale und lokale Verwaltungen, die eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete nationale Politik wirksam konzipieren und umsetzen können. Die EU fördert zudem gesundheitsbezogene Massnahmen, bekämpft z. B. Umweltverschmutzung und verbessert die Wasserversorgung. Im Rahmen dieses vorrangigen Engagements unterstützt die EU auch (...) die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen. Nicht nur die bilaterale Zusammenarbeit mit Guatemala ist für das Land von Vorteil, sondern auch die umfassendere Zusammenarbeit der EU mit Zentralamerika auf regionaler Ebene. (Papier der EU-Kommission, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/Factsheet%20EU_Guatemala_ES.pdf)

Stellenausschreibung: Infobüro Nicaragua

Wuppertal, 10. April - Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal ist eine der ältesten Organisationen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung. 1978 gründeten es Menschen, um internationale Solidarität mit der Revolution in Nicaragua zu üben. Auch heute noch liegen unsere Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Bildungs-, Informations- und Solidaritätsarbeit zu Nicaragua und Lateinamerika. Es führt Projekte des globalen, machtkritischen Lernens im formellen und informellen Bildungsbereich durch, unterstützt Gruppen der nicaraguanischen Zivilgesellschaft politisch und finanziell und versucht ihnen hier eine Stimme zu geben. Es sucht eine*n Kolleg*in für die Koordination der Informations- und Solidaritätsarbeit zu Nicaragua und der machtkritischen Bildungsarbeit. Der Stellenumfang beträgt 47,5%, das entspricht 19 Stunden pro Woche. Eine Aufstockung durch die Beantragung zusätzlicher Fördermittel ist möglich und willkommen. Die Stelle soll möglichst zum 01.06. 2024 besetzt werden und ist zunächst bis zum 31.12.2025 befristet, kann allerdings bei Genehmigung entsprechender Fördergelder verlängert werden. Mindestens einen Tag die Woche soll es eine Präsenz im Büro in Wuppertal geben. Genaueres über die Qualifikationen und Tätigkeiten der gesuchten Person finden sich auf <https://infobuero-nicaragua.org/2024/03/stellenausschreibung-koordinatorin-der-informations-und-solidaritaetsarbeit-zu-nicaragua-und-der-machtkritischen-bildungsarbeit>

Nach 25 Jahren: Guatemala-Reise des ;Fijáte!-Redakteurs

;Fijáte!-Redakteur Stephan Brües wird vom 03.-12. Mai verschiedene Orte des Widerstands in Guatemala in einer Delegationsreise von Rights Action besuchen. Sein Flug wird von dem Verein **;Fijáte!** bezahlt. Danke dafür. Stephan wird über die Gespräche und Eindrücke vor Ort berichten. Wir hoffen, dass der Aufenthalt in Guatemala (mit ggf. mangelndem WLAN) den Versand der nächsten Ausgabe, die für den 7./8. Mai ansteht, nicht beeinträchtigen wird. Apropos: Ich wollte mich noch für die Probleme beim letzten Versand entschuldigen. Sie sind behoben.

;Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **;Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6